

Ausschuss macht jetzt Tempo

Kritik an „verschleppter“ Weitergabe von Geldern

Von Markus Lohmüller

München. Die Grünen nennen es „schäbig“, die SPD „super ärgerlich“ und die FDP „skandalös“: Die Opposition hat am Donnerstag im Sozialausschuss des Landtags massiv kritisiert, dass die Staatsregierung Bundesmittel für die Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen bislang noch nicht an die Kommunen weitergereicht hat. Die Grünen-Abgeordnete Kerstin Celina warf CSU und Freien Wählern sogar eine gezielte Aktion vor, um Stimmung gegen die Ampel-Koalition in Berlin zu schüren.

Die Bundesregierung hatte den Ländern im vergangenen Jahr einmalig einen höheren Anteil an den Umsatzsteuereinnahmen zugewiesen, damit diese mit dem Geld ihre Städte und Landkreise bei der Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben unterstützen können. Der Freistaat Bayern hat von diesen Bundesmitteln nach eigenen Angaben bereits 79 Millionen Euro abgerufen. Nach Auffassung von Sozialministerium und Regierungsfractionen fehlt für eine Auszahlung an die Kommunen in Bayern allerdings noch die rechtliche Grundlage. Um dies zu ändern, hat die Staatsregierung im Dezember einen entsprechenden Gesetzentwurf in erster Lesung in den Landtag gebracht.

Der Opposition stößt nun sauer auf, dass es anschließend drei Monate brauchte, bis das Gesetzesverfahren nun mit der Beratung im Sozialausschuss fortgesetzt werden konnte. Ausschussvorsitzende Doris Rauscher (SPD) berichtete hierzu vom Wunsch der CSU, noch einen Änderungsantrag erarbeiten zu können, der dann aber nicht kam.

Nach Ansicht der Grünen-Politikerin Celina hat Bayern die Auszah-

lung der Bundesmittel an die Kommunen absichtlich verschleppt und verzögert. Seit Wochen befeuerten vor allem Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und sein Stellvertreter Hubert Aiwanger (Freie Wähler) den Vorwurf, die Ampel lasse die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge im Stich. Die bereits ausgezahlten Bundesmittel würden dabei verschwiegen.

Grüne halten Änderung im Gesetz für überflüssig

Auch Diana Stachowitz (SPD) beklagte eine „scheinheilige Debatte“. Die Staatsregierung hätte die Kommunen wenigstens über die zu erwartende Zahlung informieren können: „Sie haben die kommunalen Verbände, sie haben die Träger im Regen stehen lassen mit einer Ungewissheit, die gar nicht da war.“ Matthias Enghuber (CSU) hielt dagegen, dass sich die Kommunen in erster Linie nicht über fehlendes Geld, sondern über „die absolute Masse“ der unterzubringenden Menschen beschwerten.

Allein standen die Grünen im Ausschuss mit ihrer Einschätzung, dass es überhaupt keiner Gesetzesänderung bedarf. Ihrer Empfehlung an das Sozialministerium, die Bundesmittel sofort mittels Rechtsverordnung zur Auszahlung zu bringen, wollte sich keine andere Fraktion anschließen. Stattdessen gab es – mit grüner Enthaltung – eine breite Mehrheit für den Gesetzentwurf der Staatsregierung.

Allerdings brachten Vorsitzende Rauscher und ihr Stellvertreter Thomas Huber (CSU) am Ende auch eine verkürzte Beratung in den Ausschüssen auf den Weg. Wenigstens jetzt soll es im Landtag keine weiteren Verzögerungen mehr geben.